

13.01.2014

Investitionen ankurbeln

Der Staat hat nur begrenzte Chancen, die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Es bedarf der Unterstützung durch privates Kapital.

Von Michael Heise

Die neue Regierungskoalition beginnt mit der Umsetzung verteilungspolitischer Wahlversprechen: höhere Rentenleistungen, Minimumlöhne und Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Bislang sind aber keine Weichen gestellt worden, um ein stabiles und nachhaltiges Wachstum auch in den nächsten Jahren zu sichern. Wachstum ist kein Zweck an sich, sondern die Grundlage für angemessene Sozialleistungen, höhere Löhne und mehr Beschäftigung auch in der Zukunft.

Deutschlands längerfristige Perspektiven sind keineswegs so vorteilhaft, wie das häufig dargestellt wird. Wir sind zwar besser durch die Finanz- und Schuldenkrise gekommen als andere Länder und haben erhebliche Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt, aber die Bilanz hat mehr als Schönheitsfehler. Das durchschnittliche Wachstum betrug in den letzten fünf Jahren 0,6%, die Arbeitsproduktivität - eine wesentliche Voraussetzung für Lohnerhöhungen - stieg pro Jahr nur um 0,3%. Und der große Außenhandelsüberschuss, oft als Zeichen der Stärke gesehen, spiegelt in Wahrheit einen Mangel an Investitionen in Deutschland selbst. Es ist genügend Sparkapital vorhanden, aber viel fließt ins Ausland und zu wenig wird in die Erneuerung der Infrastruktur und der Produktionskapazitäten hierzulande investiert. So wird kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum entstehen. Die Koalition aus Union und SPD hat dies im Grundsatz auch erkannt. Die Präambel des Koalitionsvertrags spricht von „Wettbewerbsfähigkeit stärken und Investitionen erhöhen“ sowie „Standortvorteil Infrastruktur mit mehr Investitionen stärken“.

Wichtige Themen wie Bildung und Forschung, Infrastruktur, Mittelstand, Existenzgründer bleiben dann aber vielfach recht allgemein. Das ist angesichts der Komplexität von Koalitionsverhandlungen vielleicht nicht überraschend. Aber jetzt

kommt es darauf an, dass vier Jahr Zeit genutzt werden, um die konkreten Bedingungen für stabiles Wachstum zu schaffen.

An Ansatzpunkten für die Überwindung der Investitionsschwäche mangelt es sicher nicht: ein einfacheres Steuersystem mit einer investitionsfreundlicheren Gewinnbesteuerung, Abschreibungserleichterungen, eine verbesserte Netzinfrastruktur (Verkehr, Energie, Kommunikation), mehr privates Kapital für Infrastrukturinvestitionen, effizientere Anreize für Existenzgründungen und Forschungsaktivitäten, Bürokratieabbau. Die Liste ließe sich fast beliebig erweitern. Auf zwei besonders wichtige Bereiche sei im Folgenden näher eingegangen.

Generell gilt, dass wir die Forderungen an den Staat nicht überziehen dürften. Auch er hat nur begrenzte Möglichkeiten, Investitionen in Gang zu bringen. Angesichts seiner Pflicht, die Schuldenregel im Grundgesetz und die Defizit- und Schuldenquoten nach dem verschärften europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten, kann es keine staatlichen Infrastrukturmittel aus dem Füllhorn geben. Die geplanten zusätzlichen fünf Milliarden an Verkehrsinfrastrukturausgaben in vier Jahren müssen nicht die Obergrenze des Möglichen sein, aber dass der Staat allein den unbestreitbaren Nachholbedarf bei Infrastrukturinvestitionen stemmt, ist kaum denkbar. Es bedarf der Unterstützung durch privates Kapital – und zwar einer ganzen Menge.

Daher sollten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) erheblich gestärkt und erweitert werden. Der Koalitionsvertrag sieht das grundsätzlich vor, aber es finden sich keine konkreten Festlegungen und die Forderung, dass Kostenersparnisse und eine wirtschaftlichere Umsetzung in jedem Einzelfall unabhängig nachgewiesen werden müssen, erweckt den Eindruck, dass die ÖPP-Beschaffung nicht wirklich erleichtert werden dürfte. Die Vorteile der ÖPP wie insbesondere die Verminderung staatlicher Neuverschuldung und die Wirtschaftlichkeitsvorteile privater Leistungserbringung sollten nicht unterschätzt werden. Die öffentliche Hand sollte den Mut und die Innovationsbereitschaft haben, nicht alles in Eigenregie machen zu wollen. Viele Vertrags- und Betreibermodelle sind noch wenig praktiziert worden. Sicher können auch bei ÖPP schwierige rechtliche und finanzielle Probleme auftauchen, wie man es etwa bei der LKW-Mauteinführung gesehen hat. Aber

angesichts der ökonomischen Bedeutung erhöhter Investitionen in die Infrastruktur sollte es doch mit gutem Willen gelingen, funktionsfähige Modelle aufzustellen. Die Verkehrsinfrastruktur sollte dabei nicht der einzige Schwerpunkt sein. Auch im Bereich der Versorgung und Entsorgung, bei der Telekommunikation und beim öffentlichen Hochbau wie bei Verwaltungsgebäuden, Sportanlagen, Schulen und Krankenhäusern bieten sich gemischtwirtschaftliche Modelle an.

Die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 und die europäische Schuldenkrise haben die Unternehmen in ihrem planerischen Verhalten vorsichtig werden lassen. Dies gilt insbesondere für größere Investitionsprojekte. Die Unternehmen haben eine höhere Liquiditätsneigung als vor den beiden Krisen. Angesichts guter Gewinne, ausreichender Eigenmittel und verbesserter Konjunkturaussichten sollte sich die Investitionsbereitschaft schon durch relativ kleine Impulse beleben lassen. Ein Weg wäre es, eigenfinanzierte Investitionen mit fremdkapitalfinanzierten steuerlich gleichzusetzen um die Investitionen nachhaltig zu erhöhen (derzeit werden schuldenfinanzierte Investitionen durch den möglichen Abzug von Schuldzinsen gegenüber selbstfinanzierten bevorzugt). Eine zusätzliche Option wäre die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die eher einen konjunkturellen Anstoßeffekt gäbe. Dabei wäre es sinnvoll, sie nicht nur für Neubauten sondern auch für neue Ausrüstungsgüter einzuführen. Die degressive Abschreibung verschafft den Unternehmen einen beträchtlichen Liquiditätsvorteil, da die Abschreibungsbeträge in den ersten Jahren hoch sind und deshalb signifikante Steuerersparnisse eintreten. Die Hemmschwelle für Investitionen wegen des Verlustes von Liquidität könnte in vielen Fällen entscheidend gesenkt werden. Die degressive Abschreibung ist für den Staat langfristig gesehen ein preiswertes Instrument. Auch kurzfristig sind kaum Steuermindereinnahmen zu erwarten, da eine steigende Investitionstätigkeit ein Akzelerator für die Volkswirtschaft ist. Bislang wird die wirtschaftliche Entwicklung vor allem vom Export, vom Konsum und vom Wohnungsbau angetrieben. Mit einem Anspringen der Investitionsnachfrage würde der Wirtschaftsmotor wesentlich runder laufen und auch dem Ausland stärkere Impulse geben.

Es bestehen neben den hier genannten weitere Möglichkeiten, dem Wachstum in Deutschland mehr Schwung zu verleihen. Der Handlungsbedarf wird im Hinblick auf die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands weithin unterschätzt. Die sozialpolitischen

Beschlüsse der Koalition machen wachstumspolitische Maßnahmen für die Zukunft umso dringlicher.